

- 2 Vgl. H. Best, M. Cotta (Hrsg.): *Parliamentary Representatives in Europe, 1848–2000*, Oxford, New York 2000.
- 3 Vgl. klassische Definitionsangebote nach wie vor bei K. von Beyme: *Die parlamentarischen Regierungssysteme in Europa*, München<sup>2</sup> 1973, hier S. 40–48; U. von Alemann: Art. *Parlamentarismus, Demokratien*, in: *Wörterbuch Staat und Politik*, Bonn 1991, S. 437–442; AWirsching: *Parlament und Volkes Stimme. Unterhaus und Öffentlichkeit im England des frühen 19. Jh.s*, Göttingen, Zürich 1990, hier u. a. S. 24.

**Wolfgang Engler, Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft, Aufbau-Verlag, Berlin 2005, 416 S.**

*Wolfgang Engler*, der mit seinen essayhaften Studien zu den Ostdeutschen und zu Ostdeutschland nach der Wende als Kultursoziologe und Ästhetiker von der Schauspielhochschule Ernst Busch (Berlin-Weißensee) aus schon Duftmarken auch in den öffentlichen Diskurs ausgesandt hat<sup>1</sup>, hat nunmehr weitere Signale gesetzt; diese, in Gestalt des zu besprechenden Buches, sind auf den ersten Seiten der Frühjahrsbuchbeilagen (Sachbücher) 2005 auch zur weiteren Multiplikation und breiteren Rezeption aufgestellt. Mit seinem an real-existierenden Dilemmata und Aporien des real-existierenden Postfordismus ansetzenden, dennoch hochgradig utopischen Denken hat Engler erneut einen gewichtigen erratischen Block in die von oft berechenbaren, weil eingefahrenen Diskursparteien parzellierte deutsche Meinungslandschaft plaziert. Die veröffentlichte Meinung nimmt den Band, der pasticciohaft Elemente verschiedener Gattungen kombiniert, eben-

so staunend, angeregt und gleichzeitig irritiert zur Kenntnis<sup>2</sup>. Rein äußerlich kommt das Werk daher wie ein juristisches Lehrbuch: Es gliedert sich in 44 Paragraphen, die den kaum in Überschriften synthetisierbaren Oberthemen (Vom Arbeiter, vom Bürger und vom Menschen; der Grund der Existenz; die neue soziale Frage; die gestohlene Reform; politische Chirurgie oder Gleichheit als Geschwür der Gerechtigkeit; Staatsbürger, Kunde, Produzent) zugeordnet sind. Die Suggestion einer Systematik wird gebrochen durch die Vielzahl von Gattungen politischer Schriftstellerei, deren sich Engler bedient: Lexikonartikel, Polemik, Satire, Analyse, tagespolitischer Kommentar, Adornosche Apodiktik, Essay, utopisches Programm u. a. m. Diese Weißenseer Paragraphen-, Gattungs- und Gedankenschleuder unterläuft die Unarten akademischen Schnellesens, welches zugerichtet ist auf den Zweck einer Klassifizierungs- und Urteilssicherheit, die sich bloß auf die Lektüre von Einleitung und Schluß stützen zu können glaubt. Man muß sich durcharbeiten – wobei auch hier gilt: Das Überwinden von Hürden wird belohnt durch geistigen Gewinn. Diesen werde ich abschließend bilanzieren – nach einer kurzen Darstellung der von *Engler* verknüpften Teildiskurse.

Alle Teildiskurse führt *Engler* zu seinem konkreten politischen Anliegen: der Einführung eines Mindesteinkommens, das nicht mehr von den Prämissen einer Erwerbsarbeitsgesellschaft abhängt, sondern in Erfüllung eines Bürgerrechtes ausgezahlt wird. Er fordert ein sog. „Bürgergeld“. Der Funktionsmechanismus des fordistischen wie postfordistischen Kapitalismus, nämlich eine immer höhere Wert-

schöpfung durch immer weniger menschliche Arbeit zu erzielen (S. 338), fungiert für Engler als ökonomische Bedingung der Möglichkeit, ein derartiges Bürgergeld über Steuern zu finanzieren. In letzter Konsequenz könnte, so mein Verständnis als Rezensent, diese kapitalistische Dynamik zu paradiesischen Zuständen führen: Schlaraffenland – materieller Wohlstand durch (fast) keine menschliche Arbeit. Diesem Funktionsmechanismus widersprechen aus unterschiedlichen Gründen die arbeitsethischen Projektionen im anthropologischen Selbstverständnis und die immer noch auf fordristischer Erwerbsarbeit basierenden Sozialsysteme – letztere mit besonders hohen Kosten im ineffizienten Umverteilungskreislauf nachholender Gerechtigkeit in Deutschland gegenüber ebenfalls hohen Kosten vorausschauender Gerechtigkeit in der effizienten Steuerumverteilung skandinavischer Systeme.

Den ersten Teildiskurs schließt Engler an die einstieghaft präsentierte Analyse des Fotos einer Köchin dar, die sich in ihrer Arbeitskleidung so aufreizend und der Arbeit gegenüber so distanziert präsentiert, daß die Ambivalenz einer beruflichen Identität, die das privat mögliche „Mehr“ an Menschsein verunmöglichlich, sichtbar wird (S. 12-20). Die Doppelidentität der Köchin führt Engler über in eine konstruktivistische Darstellung der historischen Diskurse über den Stellenwert von Arbeit einschließlich der Überhöhung von Arbeit in den frühsozialistischen Utopien und Projekten (deren Ziel: Befreiung *in der Arbeit*) (S. 25-49) und in eine Dekonstruktion der angeblich humanen und identifikationstauglichen postfordistischen Arbeit (S. 58-64, S.

72-83, S. 96-107). Seine Forderung nach einer Emanzipation des individuellen Selbstwertgefühls *von der Arbeit*, d.h. nach Grundeinkommen und „freien Aktionsvalenzen“ für die Knüpfung von Netzen im sozialen, räumlichen und zeitlichen Sinn (S. 50-51, in anderer Formulierung S. 87), erhebt er im vollen Bewußtsein, daß für Millionen, namentlich in der ehem. DDR, „Arbeit“ der „Inbegriff des In-der-Welt-Seins“ gewesen sei (S. 52) und die Transformation nach 1990 folglich zu einer wahren De-Sozialisierung geführt habe (S. 56).

Im zweiten Teildiskurs prüft Engler verschiedene Vorschläge zur Finanzierung „arbeitsfreier Subsistenz“ wie negative Steuer und Sozialdividende (S. 120-129), um sich für das Bürgergeld als Menschenrecht auszusprechen und somit die seit dem 19. Jh. durchgesetzte begriffsmanipulative Annexion des Bürgers durch den Eigentümer wieder außer Kraft zu setzen (S. 139-141). Er verweist dabei auf die dann aufbrechenden neuen kulturellen und bildungspolitischen Anforderungen: „Dem eigenen Leben Sinn und Bewandnis zu vermitteln, wenn der Absprung ins Berufsleben oder in weiterführende Ausbildungsprozesse mißlingt, wird zur ersten individuellen Überlebenstechnik der Zukunft, ist es bereits gegenwärtig für unabsehbar viele Menschen. Und sollte eine Argumentation zugunsten der sozialen Ordnung größere Überredungskunst entfalten, bitte: Menschen, die gelernt haben, mit sich selbst zusammenzuleben, mit anderen zusammenzuwirken, aus freiem Entschluß und mit merklichem Vergnügen, mit und ohne Arbeit, sparen Polizisten, Richter, Staatsanwälte, Sozialarbeiter, Spezialisten der

Normalisierung jedweder Art; der schlanke Staat, von dem die Neoliberalen träumen: Sie gründen ihn, ganz nebenbei.“ (S. 151)

Der dritte Teildiskurs reinterpretiert, im Anschluß an Robert Castels „Chronik der Lohnarbeit“<sup>3</sup>, die soziale Frage diachron, um den industriegesellschaftlichen Sozialstaat als gesellschaftliche Selbststabilisierung des Kapitalismus (im Gegensatz zur juristischen) und in konstitutiver Wechselwirkung mit der Lohnarbeitsgesellschaft zu bestimmen (S. 170-178). Die hiermit einhergehende Individualisierung erweise sich seit den 1990er Jahren, also der manifest werdenden Krise dieser Lohnarbeitsgesellschaft und ihrer sozialen Sicherungssysteme, als Falle: Die Krise des Kapitalismus erreiche ihre (ja gegenüber dem 19. Jh. zur Mittelschicht hin verbreiteten) Trägerschichten – was derzeit noch durch die selbstbetrügerischen Strategien, soziales Scheitern zu moralisieren, fassadenhaft legitimiert scheine (S. 188-189) – und lege somit die Axt an die eigene Wurzel: „Aber Gesellschaften, die ihre eigenen Trägerschichten opfern, stehen im Krisenfall schutzlos da. Dafür lieferte der Staatssozialismus kürzlich ein eindrucksvolles Beispiel. Nicht, wie er mit seinen Widersachern verfuhr, besiegelte sein Schicksal, sondern die Art, wie er mit den Gutwilligen umsprang...“ (S. 188). Hiermit hat Engler bereits den nächsten Teildiskurs vorbereitet.

Der vierte Teildiskurs präsentiert sich als eine kritische Geschichte des Begriffs „Reform“, u. a. den englischen und deutschen konservativen Reformbegriff seit Napoleon decouvrierend (S. 204-235) gegenüber der radikalen Reformpolitik zu Zeiten von

Solons Lastenabschüttelung im antiken Athen (S. 260-261). Unter Einbeziehung der Bismarckschen Politik kommt Engler zum Befund: „Weil der deutsche Konservatismus die kapitalistische Eigentümergesellschaft nicht fertig vorfand, sondern mit entbinden half und großzügig, war es nur natürlich, daß er sich mit seiner eigenen Schöpfung identifizierte, und, als großer Demiurg, auf die Idee der allgemeinen Machbarkeit verfiel.“ (S. 235) Die seit den 1990er Jahren auf Betreiben des politischen Konservatismus bei gleichzeitigem Verzicht auf Alternativen stattfindende Rückwertung des Reformbegriffs (zulasten eines Reformbegriffs der wachsenden Teilhabe etwa zu Zeiten Willy Brandts) konstatierend (S. 235-237), zerlegt Engler weitere Topoi der neoliberalen Mythik: die Annahme von der Ebenbürtigkeit der Widersacher Staat und Markt, die Lüge von der Behinderung bürgerschaftlichen Engagements durch den Ausbau des Sozialstaates, die Instrumentalisierung des Subsidiaritätsprinzips zur Umkehr der sozialpolitischen Beweislast zuungunsten des Bedürftigen (S. 238-247). Daß Engler die Wandlungen der deutschen Sozialdemokratie spätestens seit den 1970er Jahren als Erbeverleugnung und schließlichem Gefangensein in der neoliberalen Falle kritisiert, überrascht dann nicht. Zumal er die Grundforderung nach Modellen zur Anpassung der Wirtschaft an die Überlebensbedürfnisse der Menschheit wie jedes Einzelnen aufrecht erhält (S. 251).

Der fünfte Teildiskurs bettet die Frage nach einem angemessenen Reformbegriff implizit ein in eine Dekonstruktion gängiger kapitalistischer Rede von sog. Chancengleichheit. Engler

deckt den impliziten Vergleich mit dem sportlichen Wettkampf auf (S. 267) und setzt explizit eine gesellschaftliche Gerechtigkeitsidee dagegen, indem er diese konstitutiv an Teilhabe-Chancen bindet (S. 270-271). Das Selbstzerstörerische des derzeitigen globalen Standortwettbewerbs mit der Logik frühneuzeitlicher Walfangansiedlungen vergleichend (S. 273-276), die Unterwerfung des Gerechtigkeitsdiskurses unter die Logik ökonomischer Prozesse ablehnend (S. 278) sowie die politisch unverbindliche Ethisierung von Gerechtigkeit im kommunitaristischen Diskurs (namentlich Margalit und Sennett) kritisierend (S. 279-287), insistiert Engler auf dem institutionalisierten Charakter von Gerechtigkeit in der Massengesellschaft (S. 287). Kriterien, die kapitalismuskonform hohe Einkommensunterschiede legitimieren sollen wie „Leistung“, „Qualifikation“, „Verantwortung“, denunziert er als illegitime Übertragungsrechte, um zur Forderung nach einem Bruch „mit dem Kapitalismus in seiner derzeitigen Gestalt“ zu gelangen (S. 291-299). Diesem lastet er eine zunehmende Feudalisierung in dem Sinn an, daß sich funktionsbedingte Privilegien – mit Ausnahme des Bildungserfolges von Mädchen und jungen Frauen – wieder zunehmend entsprechend sozialer Herkunft quasi vererben (S. 300-302). Dieser „wilden Logik sozialer Vererbung“ (S. 303) könne man theoretisch mit zwei Verfahren begegnen: a. dem der nachholenden, also Ergebnisse des Marktgeschehens korrigierenden Gerechtigkeit (was Engler mit Kritik an Rawls' Auffassungen ablehnt) und b. dem der vorbeugenden Gerechtigkeit (was Engler mit Verweis auf das weitgehende Verschwinden der Sozialver-

erbung in Dänemark, Schweden und Norwegen auch um den Preis höherer Steuern begrüßt) (S. 303-307). Dieser vorbeugenden Gerechtigkeit liege ein Verständnis des Bürgers als eines Menschen und nicht als eines kooperierenden Bürgers bzw. nicht als eines rasonierenden Staatsbürgers zugrunde (S. 309):

„Was aber finden wir im Begriff des Menschen? – Der 'Mensch' wartet so wenig wie der 'Arbeiter' oder der 'Bürger' darauf, vom Denken nur in Empfang genommen zu werden. Und obwohl man darüber streiten kann, ob er, wie Foucault meinte, eine Erfindung des 19. Jh.s und nicht doch älteren Datums ist, so viel ist wahr: Er kommt als ungelöstes Rätsel auf die Welt, als Souverän und Untertan. Es ist ein und dasselbe Individuum, das lebt, arbeitet und spricht. Aber als Lebewesen gehorcht es den Gesetzen der Biologie, als Arbeitender den Regeln der Ökonomie, als Sprechender den Tiefenstrukturen der Grammatik. Allem zugrunde liegend, muß es sich dennoch tieferen Gründen beugen.“ (S. 309-310)

Engler leitet ab: „Wenn sich aus dieser Unvollkommenheit, in der WIR den Menschen denken, überhaupt eine soziale Verpflichtung konstruieren läßt, dann die, anderen zu geben, was man selbst empfing oder zu empfangen doch berechtigt war: Geleitschutz auf dem Weg in die Gesellschaft. Ein Gemeinwesen, dessen Einrichtungen auf diesem Grundsatz, auf REZIPROKER SEINSSCHULD fußen, ermächtigte die Menschen, ihre Endlichkeit mit Würde zu zitieren. Lebend, arbeitend, sprechend stießen Menschen nach wie vor auf Grenzen des von ihnen Herstellbaren, zu Verantwortenden. In ihrer fun-

damentalen Abhängigkeit von ihresgleichen bestätigt, anerkannt, genossen sie alle Rechte des Bürgers, zuzüglich des Privilegs, sich diese Rechte nicht 'verdienen' zu müssen." (S. 310) Die aus einer solchen Bedingungslosigkeit von Teilhaberechten abzuleitende Politik liege jenseits des Nationalstaats und der momentanen Form von internationalisierter Politik, sondern müsse sich als transnational begreifen (S. 311).

Im sechsten und letzten Teildiskurs stellt Engler seine Überlegungen auf die eingangs schon genannte wirtschaftstheoretische Grundlage, welche sich empirisch folgendermaßen abstützt: Die extremen Produktivitätssprünge in Fordismus und Postfordismus hätten – ähnlich wie zuvor das agrarische – nun das industrielle Paradigma überholt und dem Dienstleistungssektor zum Siege verholfen. Im Tertiärsektor werde nicht einfach konsumiert, sondern „produktiv konsumiert“ – was ja zur extremen Wertschöpfungssteigerung pro Beschäftigten führe. Unter Berücksichtigung der Dynamik des weitgehenden Überflüssigwerdens von produktiver Arbeit bei gleichzeitig extrem hoher Wertschöpfung kommt Engler dazu, den begrifflichen Kontrast zwischen den Rollen von „Produzent“ und „Konsument“ aufzuweichen und damit paradigmatisch neue Denkspielräume zu öffnen: „Die Produktion produziert den Konsumenten und seinen Gegenstand, so dachten wir bisher. Die Produktion erfüllt sich in der Konsumtion, verwirklicht sich in ihr, das war uns auch geläufig. Daß die Konsumtion Produktion *ist*, daß sie Arbeit produziert, und zwar unmittelbar im Akt des Verbrauchs, weshalb sie ihr fiskalisch gleichgestellt gehört, darf demgegen-

über als grundstürzende Erleuchtung gelten. So schlägt man bare Münze aus der Tautologie.“ (S. 344-345)

Die auch über Marx hinausgehende Konsequenz: „Konsumprämien für alle und für die Großkonsumenten ein Extragehalt, bestritten aus allgemeinen Mitteln.“ (S. 345) In anderen Worten: Das bedingungslose Grundeinkommen ist *der* Schritt, um den Teufelskreis von Maschinisierung, Freisetzung des Bevölkerungüberschusses und Konsumzurückhaltung zu durchbrechen (S. 350-351). Das Kapital selbst werde eines solchen Grundeinkommens bedürfen, um sein globales Projekt jemals vollenden zu können (S. 351). Gegen die Lobbyisten namentlich deutscher Unternehmerfunktionäre und der Befürworter angebotsfixierter Wirtschaftspolitik verweist Engler u. a. darauf, daß der derzeitige Trend zur Veramschung der Ware Arbeitskraft strukturell genau jene Nachfrage untergrabe, die er zu fördern vorgebe, und somit das vermeintliche Ziel der Vollbeschäftigung um so sicherer verfehle (S. 360).

Engler schließt mit einem (utopischen?) Plädoyer: „Was 'unser Land braucht', was alle Länder dieser Erde nötig haben, ist die politische Vereidigung der Wirtschaft auf die Bedürfnisse des Lebens. Nun befindet sich die Regierung fast überall auf der Welt in den Händen der Eigentümer, ausschließlicher als in der nahen Vergangenheit. Vom Staat ist daher nichts zu hoffen, mögen sich seine Funktionäre selbst neue, supranationale Organe schaffen. Die Befugnis und die Macht zur Umkehr liegt bei den vielen einzelnen, bei ihrem Willen, sich miteinander zu verbünden. Der Umsturz der vom Staat sanktionierten Wirtschaftsgesell-

schaft beginnt im Kopf, mit der Wiederentdeckung der eigenen Urteilskraft als Keimzelle des Politischen. Menschen, die sich auf ihr Denkvermögen zurückbesinnen und dabei ihre Erfahrung sprechen lassen, können sich noch immer irren. Aber es sind dann wenigstens ihre eigenen Irrtümer, deren Konsequenzen sie ertragen müssen. Alles spricht, zum Glück, für eine Zeit der 'Irrungen und Wirrungen'.“ (S. 361)

Mit seinem Mut zu einer Utopie, die sich formallogisch schlüssig an real existierende Probleme, Dilemmata und Lebenslügen anschließt, unternimmt *Engler* den verdienstvollen Versuch, die kulturelle Hegemonie neoliberaler Diskurse und deren vermeintlich unausweichliche Plausibilität aufzubrechen. Die erkenntnisfördernde Leistungskraft von Begriffsgeschichte, Dekonstruktivismus und z. T. auch einer erneuerten Marx-Lektüre erweist sich hier m. E. eindeutig.

In zweierlei Hinsicht scheint mir jedoch eine bessere Abstützung der Argumentation erforderlich:

1. Das wirtschaftstheoretische Kernaxiom vom Einhergehen hoher Wertschöpfungssteigerung bei gleichzeitiger Verringerung vor allem warenproduzierender Arbeit kann stärker in realhistorischen Erfahrungen eingebettet und damit lebensweltlich faßbarer werden: Die Entwicklung des bundesdeutschen Sozialstaats (*mutatis mutandis* auch anderer europäischer Sozialstaaten) und sein Demokratie legitimierender Erfolg seit 1949 beruht bereits auf diesem Mechanismus – man muss sie lediglich geschichtlich unter der Perspektive der Wertschöpfung und deren Verteilung statt unter der üblichen Perspektive des Kompromisses zwischen Kapital und Arbeit beschrei-

ben. Englers Konsequenzen, sei es als Bejahung des real-existierenden skandinavischen Sozialmodells, sei es Nachweis der Möglichkeit von Bürgergeld, würden an diachroner Schlüssigkeit gewinnen und somit den neoliberalen Diskurs nicht nur topologisch, sondern auch historisch-empirisch weiter demontieren. Selbst in Schwächeperioden und in Zeiten wachsender Umverteilungsanforderungen wie z. B. zwecks Integration der ehem. DDR ist die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung gestiegen. Im realen Verlauf verbesserten und verbessern sich die Bedingungen der Möglichkeit für ein Umsteuern in der von *Engler* vorgesehenen Richtung.

2. Die anthropologische Dimension muß stärker ausgeleuchtet werden. Schon vor zwanzig Jahren gab es eine Menge von durchgerechneten Vorschlägen für Grundsicherungseinkommen. Engler selbst diskutiert einige davon. Sie zeitigten allerdings keine Konsequenzen im öffentlichen Diskurs oder gar in der politischen Praxis. Englers Ideen droht – trotz ökonomisch eher günstiger gewordener Rahmenbedingungen – das gleiche Schicksal. Ich meine, daß die Ursache dafür auf der historisch-anthropologischen Ebene zu suchen ist. Engler hat zwar die Historizität von Mentalitäten gegenüber (Erwerbs-)Arbeit im ersten Teildiskurs behandelt, ist aber dabei stehengeblieben, ohne diesen Aspekt tatsächlich in seinen neuen „wirklichen“ Reformdiskurs konsequent einzubauen. Der von *Engler* zu Unrecht mit Sennetts Essayismus in Verbindung gebrachte Margalit (S. 282-283)<sup>4</sup> geht mit seinen sonst explizit wenig gerechtigkeitsorientierten, sondern von der „soften“ Kategorie „Anstand“ geleiteten Überlegungen

hinsichtlich einer Anthropologie der Arbeit tiefer: Er setzt „Arbeit“ als ein Konstitutivum von Menschenwürde, als Voraussetzung eines selbstbestimmten, selbstkontrollierten Lebens und verdammt daher Arbeitslosigkeit als Verstoß gegen die Menschenwürde. In der anthropologischen Befindlichkeit dürfte sich Margalit einer Mehrheit in den postindustriellen Gesellschaften nahe wissen. Wenn Engler hinsichtlich einer Anthropologie der Arbeit etwas Gegenteiliges setzen will, muß er a. das frühneuzeitliche Mittelstück des historischen Diskurses stärker ausleuchten, nämlich die ideologische wie institutionelle Durchsetzung des Stellenwertes von Erwerbsarbeit seit dem Frühkapitalismus<sup>5</sup>, und dessen Setzungscharakter aufdecken, und b. auf funktionalistischer Ebene nachweisen, daß unsere Gesellschaft die arbeitgesellschaftliche Lebenslüge zur Sicherung des sozialen Zusammenhaltes nicht mehr zwingend aufrecht erhalten muß. Den öffentlichen Mißerfolg der Grundeinkommens- und Negativsteuermodelle führe ich im wesentlichen darauf zurück, daß der relevante anthropologische Diskurs nicht angegangen wurde. Daß sich aus diesem Befund dann auch die strategische Frage ergibt, wie man die kulturelle Hegemonie arbeitgesellschaftlicher Mentalität aufweichen kann, liegt auf der Hand.

Aus den zahlreichen Impulsen und dem legitimen Hauptziel der Engler'schen Utopie ergeben sich für öffentlichkeitsnahe Sozialwissenschaften einschließlich der Historie folgende Erkenntnisinteressen, die in entsprechende Forschungs- und Veröffentlichungsstrategien umzusetzen wären:

1. Strategien und Taktik zur diskur-

siven wie faktischen Behauptung einer politischen und/oder gesellschaftlichen Sphäre mit eigener Gesetzmäßigkeit gegenüber einer vermeintlichen Allmacht der ökonomischen Sphäre.

Im Anschluß an Max Webers Dreiklang „Arbeit – Herrschaft – Sprache“ gibt es zwar reichlich Untersuchungen – aber offenkundig ohne ausreichende Kraft, um der expliziten und impliziten Dominanz von Kategorien rein ökonomischer Funktionsweise über Setzungen hinaus öffentlichkeitswirksam entgegenzutreten zu können.

2. Historische Dimension von Diskursen über Arbeit und Identität.

Hier ginge es zum einen – wie in der Kritik an Engler angedeutet – darum, Alternativen aus anderen historischen Zusammenhängen deutlich zu machen, wozu man auf lange historische Perioden breiter gesellschaftlicher Unterbeschäftigung verweisen kann; zum anderen müßte zur Aufbrechung der Vorstellung vermeintlicher ökonomischer Zwanghaftigkeit klargestellt werden, wo und inwieweit Gesellschaften den ja durchaus vorhandenen Zwängen von Natur und Ökonomie tatsächlich ausgesetzt waren, also im Umkehrschluß: wo und wie sie sich von diesen Zwängen zugunsten von Handlungsmacht in anderen Sphären befreien konnten.

3. Anschließbarkeit der Utopie von der Arbeitsfreiheit bzw. des voraussetzungslosen Bürgergeldes an reale Lebenswelten.

Hierbei stellt sich die übergreifende Frage, ob eine Gesellschaft ohne den Kitt des Leistungsgerechtigkeitsideals (als Pendant zum erwerbgesellschaftlichen Sozialsystem) *en détail* denkbar ist. Konkret wären Fragen nach Mentalitätswandel, Angebote arbeitsfreier

Identität für Individuum und Gesellschaft sowie die Diskursanalyse unter Einschluß entsprechender Hegemonie- und Machtfragen zu klären.

*Friedemann Scriba*

- 1 W. Engler, Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999; ders., Die Ostdeutschen als Avantgarde, Berlin 2002.
- 2 W. Dettling, Die Politik der Würde, in: Die ZeitLiteratur, März 2005, S. 45; Ch. Geyer, Verhaltenslehre des nackten Lebens, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 63/16.03.2005/S. L15.
- 3 R. Castel, Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2000.
- 4 A. Margalit, Politik der Würde, Berlin 1997.
- 5 Vgl. schon länger B. Geremek, Geschichte der Armut, München/Zürich 1988, S. 268-274.

**Giorgio Agamben: Ausnahmezustand. Homo sacer II. 1. Aus dem Italienischen von Ulrich Müller-Schöll, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 2004, 113 S.**

Vom italienischen Philosophen *Giorgio Agamben* sind nach langer Abstinenz innerhalb kürzester Zeit zahlreiche Werke in deutscher Übersetzung erschienen. Nicht zuletzt deshalb verbreitet sich sein Denken in der deutschsprachigen Öffentlichkeit erst seit gut drei Jahren. Um so faszinierender ist es, zu beobachten wie sich seine politisch-philosophischen Theorien, die sich zumindest partiell an die deutsche Geistesgeschichte anlehnen, hierzulande ihren Weg bahnen. Spätestens mit dem 2002 erschienenen „Homo sacer I“ (Suhrkamp) hat dessen ‚kritische Haltung‘ breite Publizität gewonnen.

Zugleich scheint es jedoch, als wüßte man in Deutschland wiederum nichts anderes mit ihm anzufangen, als bloß seine Hinwendung zu Benjamin, Heidegger oder Schmitt zu bewundern. Im Nachwort zu dem erstmals 1987 im Hanser Verlag erschienen Buch „Idee der Prosa“ bringt Reimar Klein diese Ambivalenz gut auf den Punkt: „Agamben verbindet Stränge neu, steckt unbetretenes Terrain ab und schafft Unruhe, aber auch ein Gefühl geistiger Befreiung.“<sup>1</sup> *Agambens* kartographische Verfahrensweise eröffnet dem Leser in jedem seiner „Denkbilder“ ein weiteres, mit seinem Weg verbundenes Feld, in welchem der Philosoph seine Denkfiguren ‚auf die Probe stellt‘.

Die ‚kritische Haltung‘ bleibt der Philosophie von *Agamben*, die um den Menschen als Möglichkeitswesen seines Denkvermögens kreist, in allen Facetten immanent. Sein Plädoyer für eine neue politische Theorie, begreift sich mithin selbst als Baustein auf dem Weg dorthin, schlicht als „Mittel ohne Zweck“. In dem gleichnamigen, 2001 im Diaphanes Verlag aufgelegten Buch ist es leicht möglich, Einblick zu gewinnen, in das breit gefächerte Repertoire eines Denkers, für den es das Hauptanliegen ist, der Leserschaft einen ‚neuen‘, umfassenderen Begriff von Politik vorzuschlagen. Aus diesem spezifischen Blickwinkel heraus werden die Denkeperimente *Agambens* erst möglich, d. h. zugleich plausibel und kritisierbar. Diese Ambivalenz scheint durchaus der von *Agamben* gewollte Effekt zu sein. Denn die Stärke vor allem seines neuesten Buches liegt in der Selbstbeschränkung auf einen thematischen Kern, wobei zugleich dessen über- und nebengeordnete